

JU Landesverband Braunschweig  
Gieselerwall 2  
38100 Braunschweig  
<http://www.ju-lv-bs.de>

[info@ju-sicherheitsforum.de](mailto:info@ju-sicherheitsforum.de)  
<http://www.ju-sicherheitsforum.de>

Nr. 3/2007

## Deutschlands sicherheitspolitische Interessen im 21. Jahrhundert – Impulse für die CDU-Grundsatzprogramm-Diskussion

von Anita Schäfer, MdB

### I. Sicherheitspolitik geht uns alle an!

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen zumeist innenpolitische Themen. Die Gesundheitsreform, die Unternehmenssteuerreform und die Modernisierung des Arbeitsmarktes sind wichtige Schlüsselprojekte für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Doch so bedeutsam diese Themen sind: Wir müssen im Auge behalten, dass Deutschlands außen- und sicherheitspolitisches Gewicht erheblich gewachsen ist. Die Bundeswehr dient zunehmend als aktive Stütze deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Entwicklung wird in der Bevölkerung meist nur oberflächlich wahrgenommen. Wunsch und Bemühen der Bürger, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen und zu bewerten, sind selten. Durchaus treffend sprach Bundespräsident Horst Köhler von einem „freundlichen Desinteresse“ an den Streitkräften.

Aktuelle sicherheitspolitische Themen sind zwar für einen kurzen Zeitraum in allen Medien präsent; eine inhaltliche Vertiefung der Zusammenhänge findet jedoch nur selten statt. Stattdessen überwiegt oftmals eine emotionale, an optischen Effekten interessierte Medienberichterstattung, die Wahrnehmung und Sichtweisen der Bürger prägt (siehe „Totenschädelaffäre“ in Afghanistan).

Sicherheitspolitik darf nicht allein ein Feld für wenige Politiker und Spezialisten sein, das sich in Ausschüssen und Bündnisgremien hinter verschlossenen Türen abspielt. In einer Demokratie bedarf Sicherheitspolitik öffentlicher Diskussion und Zustimmung, um glaubwürdig zu bleiben und nachhaltig wirken zu können. Dabei müssen Risiken und Herausforderungen sachlich und problemorientiert aufgezeigt werden. Nur so können wir die Bereitschaft und das Verständnis wecken, zur Bewältigung von Gefahren für unsere Sicherheit engagiert und couragiert zu handeln. Dazu kann und sollte die Union mit der Grundsatzprogramm-Diskussion wichtige Impulse liefern.

Folgende Leitfragen können als Richtschnur dienen:

- Vor welchen Herausforderungen stehen unsere Streitkräfte?
- Welche Bedeutung hat das neue Weißbuch der Bundesregierung als strategischer Kompass für die Bundeswehr?
- Welche Probleme sind im Interesse unserer Soldaten vordringlich zu lösen?
- Und welche sicherheitspolitischen Konsequenzen sind für das Grundsatzprogramm unserer Partei zu ziehen?

## II. Herausforderungen für die Bundeswehr

Spätestens mit den furchtbaren Bürgerkriegen im zerfallenden Jugoslawien während der 1990er Jahre wurde schlagartig klar, dass es Sicherheit und Stabilität nicht zum Nulltarif gibt. Dieser Erkenntnisprozess schreitet immer weiter voran. Waren wir bis zum Jahr 1990 vor allem ein Importeur von Sicherheit, so ist Deutschland mittlerweile zu einem gefragten Exporteur von Sicherheit geworden.

Das Bundesverfassungsgericht hat durch seine Entscheidung vom 12. Juli 1994 den Weg für Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes („out of area“) frei gemacht. Derartige Einsätze sind allerdings klar an die Zustimmung des Deutschen Bundestages geknüpft (Parlamentarvorbehalt). Seither haben die Zahl, die militärische Intensität und geografische Reichweite von Bundeswehr-Missionen erheblich zugenommen.

Die Etappen der letzten sieben Jahre sprechen für sich:

- *Balkan.* Im Jahr 1999 hat die Bundeswehr im Rahmen einer NATO-Intervention Tornado-Kampfflugzeuge im Kosovo eingesetzt und ihren ersten Kriegseinsatz erlebt. Sie beteiligt sich derzeit mit rund 2.300 Soldaten im Kosovo (Mission KFOR) und rund 800 Soldaten in Bosnien-Herzegowina (Mission EUFOR) am Wiederaufbau einer stabilen Nachkriegsordnung.
- *Afghanistan.* Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markieren eine weitere Zäsur. Deutsche Einheiten nehmen seither aktiv am Kampf gegen den internationalen Terrorismus teil, und zwar in einem weit gefassten Sicherheitsansatz. Sie verhindern durch ihre Aufbauarbeit, dass Afghanistan wieder zu einer Brutstätte von Terroristen wird, die unsere nationale Sicherheit bedrohen können. Diesem Ziel dienen die gegenwärtig fast 3.000 Bundeswehrsoldaten, die Teil einer multinationalen Schutztruppe in

Afghanistan unter dem Dach der NATO sind (Mission ISAF).

- *Libanon; Horn von Afrika.* Darüber hinaus sind deutsche Marineverbände im Einsatz. Knapp 1.000 Bundeswehrsoldaten schirmen derzeit im Auftrag der Vereinten Nationen (Mission UNIFIL) die Küsten des Libanon vor illegalen Waffenschmugglern ab. Sie sollen ein Wiederaufflammen des Libanonkonflikts verhindern. Und ca. 440 Soldaten der deutschen Marine sind Teil der Operation Enduring Freedom (OEF), um am Horn von Afrika den Seeraum gegen terroristische Aktivitäten zu sichern.
- *Kongo.* Um die Jahreswende sind fast 800 deutsche Soldaten aus dem Kongo zurückgekehrt. Sie haben dort als Teil einer europäischen Eingreiftruppe auf Bitten der Vereinten Nationen die ersten demokratischen Wahlen überwacht. Damit konnte ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges im Kongo verhindert werden. Insgesamt gewinnt Afrika an strategischer Bedeutung für Europa; es nimmt in der europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 einen zentralen Platz ein.

Gegenwärtig stehen damit fast 7.400 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen.

## III. Das Weißbuch 2006: Ziele und Interessen deutscher Sicherheitspolitik

Mit dem Weißbuch vom Oktober 2006 hat die CDU-geführte Bundesregierung unter Federführung von Verteidigungsminister Jung erstmals seit 12 Jahren wieder einen strategischen Wegweiser für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verabschiedet.<sup>1</sup> Leitfaden des Weißbuches ist ein umfassender Sicherheitsbegriff. Risiken und Bedrohungen soll mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden: mit diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, polizeilichen und militärischen

<sup>1</sup> Online unter: [http://www.weissbuch.de/download/Weissbuch\\_2006\\_Vollversion.pdf](http://www.weissbuch.de/download/Weissbuch_2006_Vollversion.pdf) [09.03.2007].

Mitteln. Das schließt, wenn geboten, auch bewaffnete Einsätze ein.

Zu den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik zählt das Weißbuch:

- Schutz deutscher Staatsbürger und des Staatsgebietes;
- Entschärfung regionaler Krisen, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen;
- Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen;
- Durchsetzung der Menschenrechte;
- Förderung des freien und ungehinderten Welthandels.

Zum letzten Punkt führt das Weißbuch aus:

„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen (...) Wie viele andere Länder ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig und auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen“ (S. 23, 26).

Damit wird der Sicherung der Rohstoffzufuhr und der Energieversorgung überragende strategische Bedeutung beigemessen.

Das Aufgabenprofil der Bundeswehr hat sich deutlich gewandelt. Der originäre Auftrag der „klassischen“ Landes- bzw. Bündnisverteidigung tritt zunehmend in den Hintergrund. Explizit heißt es im Weißbuch: „Eine leistungsfähige Bundeswehr ist für eine aktiv gestaltende deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik unverzichtbar“ (S. 13). Ihre erste Aufgabe sei nunmehr die „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ (S. 13). Damit legt das zentrale Dokument deutscher Sicherheitspolitik die Transformation der Bundeswehr in eine global verfügbare Einsatzarmee fest.

Das Spektrum reicht von humanitären Hilfs- und Stabilisierungseinsätzen bis hin zu Kampfeinsätzen von hoher Intensität. Entsprechend komplex sind die Aufgaben, die dem Soldaten von heute abverlangt werden. Sie reichen von der Rolle des bewaffneten Entwicklungshelfers und politischen Beraters bis hin zum multifunktional einsetzbaren Kämpfer. Dabei ist klar, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten zumeist im engen Verbund mit den Partnern in der NATO und EU operieren.

Größere Kampfeinsätze sind für die Bundeswehr bislang glücklicherweise ausgeblieben. Sie werden aber früher oder später auf uns zukommen; darauf muss sich unsere Gesellschaft mental einstellen. So werden mit der NATO-Response Force und den Battle Groups der EU multinationale Gefechtsverbände für weltweite Einsatzszenarien aufgestellt. An ihnen ist Deutschland substantiell beteiligt.

#### IV. Vordringliche Probleme

Die Transformation der Bundeswehr in eine Einsatzarmee, laufende und neue Kriseneinsätze üben auf die Soldaten und ihre Familien einen enormen Veränderungsdruck aus. Für die Bundesregierung und die Verteidigungspolitiker stellen sich vier Kernprobleme, die wir im Interesse unserer Soldaten vordringlich lösen müssen:

- *Erstens.* Es wäre falsch, die Bundeswehr in die Rolle eines „globalen Polizisten“ zu drängen. Die Anzahl der Auslandseinsätze muss überschaubar bleiben. Deswegen müssen wir im internationalen Krisenmanagement politische, strategische und regionale Prioritäten setzen, die unseren Interessen entsprechen. Ein Kampfeinsatz, der außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung angesiedelt ist, setzt zwingende Gründe und vitale deutsche Interessen voraus. Sie müssen transparent und unserem Volk vermittelbar sein. Einen guten Ansatz bieten dazu die „Leitlinien zu Auslandseinsätzen der

Bundeswehr“ der CSU-Landesgruppe vom Januar 2007.<sup>2</sup>

- *Zweitens.* Die Lücke zwischen Auftrags- und Mittellage klafft immer weiter auseinander. Seit Jahren müssen unsere Soldaten mit immer weniger Mitteln immer mehr leisten. Richtmaß für die Sicherheitspolitik ist aber die Bedrohungslage, nicht die Kassenlage. Die Sanierung unserer Staatsfinanzen muss dieser Einsicht Rechnung tragen; Kürzungen im Verteidigungsetat verbieten sich. Dies hat die jetzige Bundesregierung glücklicherweise erkannt. Insbesondere muss für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz das bestmögliche Schutzniveau in der Ausrüstung gelten. Dafür sind die notwendigen Mittel ohne Wenn und Aber bereit zu stellen. Alles andere wäre unverantwortlich.
- *Drittens.* Die schwierige demografische Situation in unserem Land ist bekannt. In wenigen Jahren wird es immer schwieriger werden, genügend Soldaten für den Dienst in den Streitkräften zu werben. Umso wichtiger ist der Erhalt und Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht. Sie erlaubt es, auch in schwieriger Zeit qualifizierten Nachwuchs für die Bundeswehr zu gewinnen. Darüber hinaus lassen sich qualifizierte Frauen und Männer nur dann gewinnen, wenn der Soldatenberuf attraktiv genug ist und mit dem externen Arbeitsmarkt konkurrieren kann. Eine eigene Besoldungsordnung, mehr Transparenz im Laufbahnsystem und eine gute soziale Absicherung sind entscheidende Parameter.<sup>3</sup>
- *Viertens.* Eine trennscharfe Linie zwischen innerer und äußerer Sicherheit lässt sich nicht mehr ziehen. So kann der Fall eintreten, dass die Sicherheitsbehörden eine innere Bedrohungslage, beispielsweise einen ter-

roristischen Angriff aus der Luft oder von See aus, mit den klassischen Mitteln der Gefahrenabwehr nicht abwenden können. In einem solchen Fall muss es möglich sein, auf militärische Fähigkeiten zurückzugreifen. Dafür brauchen die Soldaten möglichst klare Rechtsgrundlagen. Eine Neuregelung ist aber so zu fassen, dass die Bundeswehr nicht in die Funktion einer Reservepolizei im Inland gedrängt wird.

## V. Impulse für die aktuelle CDU-Grundsatzprogramm-Diskussion

Sicherheitspolitische Themen werden in den nächsten Jahren erheblich an Relevanz gewinnen. Deswegen sollten wir vorausschauend im Grundsatzprogramm Markierungen setzen:

- *Erstens.* Wir sollten klar herausstellen, dass Deutschlands außen- und sicherheitspolitisches Gewicht zugenommen hat. Unsere starke Stellung als Export- und Handelsnation ist auf ein stabiles Umfeld angewiesen. Insbesondere haben freie Seewege, eine ungestörte Rohstoffzufuhr und Energieversorgung hohe strategische Bedeutung für uns. Wir brauchen deswegen leistungsfähige, das heißt ausreichend finanzierte Streitkräfte, die bündnis- und europafähig sind.
- *Zweitens.* Wir sollten im Grundsatzprogramm deutlich machen, dass wir Teil der westlichen Wertegemeinschaft sind und zu unseren Verpflichtungen stehen. Die Westbindung, Deutschlands Verankerung im transatlantischen Bündnis, gehört wie die Soziale Marktwirtschaft zum Markenkern der CDU. Zwischen EU und NATO darf es in sicherheitspolitischen Fragen kein Konkurrenzverhältnis geben; das würde den Zusammenhalt der westlichen Wertegemeinschaft schwächen. Hier hat unser Land eine besondere Verantwortung. Die strategische Partnerschaft mit den USA bleibt für die deutsche Sicherheitspolitik essentiell. Daraus erwächst aber weder blinde Gefolgschaft noch ein Automatismus für militärische Einsätze.

<sup>2</sup> Online unter: [http://www.cducusu.de/upload/F4AADA3AB134A6C71BB4BAC1301DF6ED11376-odkqkm5\].pdf](http://www.cducusu.de/upload/F4AADA3AB134A6C71BB4BAC1301DF6ED11376-odkqkm5].pdf) [09.03.2007].

<sup>3</sup> Siehe dazu mein Positionspapier für die AG Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, online unter: <http://www.ju-sicherheitsforum.de/meinungsartikel/forum-sipo-beitrag-2005-02-schaefer.pdf> [09.03.2007].

- *Drittens.* Wir sollten als Union klar vermitteln, warum bestimmte Einsätze in unserem Sicherheitsinteresse liegen. Dies betrifft vor allem risikoreiche Missionen (Afghanistan, Kosovo, Libanon). Stabilitätsexport durch die Bundeswehr kann substantiell dazu beitragen, Terrorismus einzudämmen und regionale Krisenherde zu entschärfen. Die Alternative wären Staatenzerfall, neue Rückzugs- und Aktionsräume für terroristische Netzwerke, schwere Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord und Flüchtlingsströme. Diese Probleme würden früher oder später Europas bzw. Deutschlands Sicherheit treffen.
- *Viertens.* Unser Verständnis als wehrhafte Demokratie muss neu durchbuchstabiert werden. Erforderlich ist ein gesamtstaatlicher, vernetzter Sicherheitsansatz („Heimatschutz“). Dies schließt den Rückgriff auf militärische Fähigkeiten im Inland dann ein, wenn sie zur Abwehr einer schweren Bedrohung, beispielsweise durch Terroristen, zwingend erforderlich sind. Hierzu bietet der Diskussionsimpuls „Staat/innere Sicherheit“ der CDU-Grundsatzprogrammkommission vom Oktober 2006 einen guten Ansatz.
- *Fünftens.* Wir sollten die besondere Verantwortung des Soldatenberufes herausstellen und im Grundsatzprogramm selbstbewusst für ein neues Wehrethos in Staat und Gesellschaft eintreten. 2006 wurde die Bundeswehr 50 Jahre alt; ihre Gründung ist gegen viele Widerstände maßgeblich von Konrad Adenauer durchgesetzt worden. Auf das, was die Bundeswehr geleistet hat und leistet, dürfen wir stolz sein. Eine Demokratie darf sich nicht ihrer Streitkräfte schämen, sondern muss selbstbewusst zu ihnen stehen. Soldatsein ist nicht irgendein Job. Wir müssen uns vielmehr darüber im klaren sein, „dass der Soldat in letzter Konsequenz ein Kämpfer ist“, wie es der langjährige Generalinspekteur Klaus Naumann auf den Punkt gebracht hat. Diese Eigenschaft hebt ihn von allen anderen Berufen ab. Sie schließt die

Bereitschaft ein, sein eigenes Leben für den Dienst seines Landes einzusetzen. Neben dem Bekenntnis zur Wehrpflicht, einer angemessenen materiellen Vergütung und sozialen Absicherung müssen wir den Sinn des Soldatenberufes klar vermitteln und seinen gesellschaftlichen Status aufwerten. Dazu gehören öffentliche Gelöbnisse, feierliche Veranstaltungen und Truppenbesuche, aber auch die Stiftung von Tapferkeitsauszeichnungen für Soldaten, die sich im Einsatz besonders bewährt haben. Das von Verteidigungsminister Jung geplante Projekt eines zentralen Denkmals in Berlin für Bundeswehrsoldaten, die im Einsatz getötet wurden, sollten wir als Partei konsequent mittragen.

\* \* \*

Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag der Verfasserin vor der Jungen Union Rheinland-Pfalz am 23. Januar 2007 in Bad Bergzabern.

**Anita Schäfer, MdB**, ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Primasens und Mitglied im Verteidigungsausschuss für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.